

US-Wahl: Demokratie und Manipulation

Die Wahl von Donald Trump zum neuen Präsidenten der Weltmacht USA hat viele Beobachter überrascht. Da hat ein reicher, alter Mann, der vor der Wahl viel Wirres und Widersprüchliches erzählt und getwittert hat, die Wahl gewonnen. In einer Untersuchung seiner Reden wurde festgestellt, daß 76 % seiner Aussagen im Wahlkampf gelogen waren. Nur 2% der überprüften Aussagen sind wahr. So behauptete er mehrfach, der menschengemachte Klimawandel wäre eine Erfindung der Chinesen. Er trat für Zölle ein, bewunderte Putin und stellte die NATO in Frage. Trump appelliert an die frustrierte Mittelklasse und verbreitet bewußt Verschwörungstheorien. Sein wichtigster Berater ist Stephen Bannon, Chef der extrem rechten Onlinezeitung „Breitbart News“. Breitbart kultiviert vor allem nationalistische Verschwörungstheorien. Jetzt soll er Trumps Chefstrategie im Weißen Haus werden.

Bannon sitzt auch im Board von Cambridge Analytica. Das ist eine Firma, die durch Netzüberwachung die Benutzerprofile von 230 Millionen Amerikanern gewonnen hat und ihr Geld mit Datenhandel für Onlinewerbung verdient. Sie betreibt individuelle Manipulation, indem jedem einzelnen Menschen genau das versprochen wird, was er sich politisch gerade wünscht. Das Neue daran ist der Einsatz eines psychologischen Filters zur Klassifizierung der Einstellungen der einzelnen Wähler, statt demographischer Kriterien. Die Daten dazu wurden über Persönlichkeitstests erhoben. Die Nutzer werden nach fünf Faktoren bewertet: Verletzlichkeit, Durchsetzungsfähigkeit, Offenheit für Neues, Perfektionismus/Leichtsinn und Rücksichtnahme. Anhand dieser Merkmale kann man sehr genau sagen, welche Bedürfnisse und Ängste ein Mensch hat und wie er sich verhalten wird.

Trump's Werbeagentur sortierte seine Aussagen nach Persönlichkeitstypen und schickte jedem potentiellen Wähler genau die 3 Aussagen, die er wahrscheinlich gerne hören möchte. Die Wähler der Demokratischen Partei wurden mit entsprechend passenden Argumenten gegen Clinton versorgt, damit sie nicht zur Wahl gehen. Viele demokratische Sanders-Anhänger verabscheuten, wie Trumps Gegenkandidatin Hillary Clinton mit Hilfe der Parteiführung Bernie Sanders in den Vorwahlen abservierte.

Es ist kaum vorstellbar, dass Trump und Bannon die im Wahlkampf erprobten Strategien nicht weiter einsetzen werden. Bereits bei der Brexit-Abstimmung wurde diese Technik von den EU-Gegnern durch Cambridge Analytica eingesetzt. Inzwischen sollen auch italienische, französische und die deutschen Populisten der AfD bei Trumps Dienstleistern Interesse signalisiert haben. Diese Methoden werden auch vom Militär und Geheimdiensten genutzt.

Außerdem werden “Social Bots“ genutzt, um die die Stimmung aufzuheizen. Das sind Computerprogramme, die in sozialen Netzwerken eigenständig nach Themen suchen, Beiträge weiterverbreiten und Kommentare dazu abgeben, die so aussehen wie Beiträge von echten Nutzern. Während des Brexit-Referendums und im US-Wahlkampf wurden diese Bots massiv eingesetzt.

Trump behauptete im Wahlkampf eine Mauer an der Grenze nach Mexiko errichten zu wollen, um im Staat Michigan zu gewinnen. Dort wollte der Autokonzern Ford sein Werk in Wayne schließen, um die Produktion nach Mexiko zu verlagern. Trump forderte deshalb auch hohe Strafzölle für importierte Autos aus Mexiko. Ford ist bereits eingeknickt, noch bevor Trump überhaupt im Weißen Haus sitzt.

Die Finanzkrise hat Amerika tief erschüttert. Hunderttausende Menschen haben ihre Häuser und damit ihre Altersversicherung verloren. Sie waren von Banken mit fragwürdigen Krediten finanziert worden. Trump wetterte im Wahlkampf gegen das Wallstreet-Establishment und gegen die Verbindungen der Clintons dorthin. Aber jetzt bestellt er selber einen Investment-Banker von Goldman Sachs zum Finanzminister. Die von Trump angekündigte Steuersenkungen werden die Staatseinnahmen stark verringern.

Für die Globalisierung, den Datenschutz, die Sicherheit, die Umwelt- und Sozialstandards sollte die EU eine unabhängige europäische Vision als Konsequenz gegenüber dem Populismus behaupten. Deutschland hat die führende Position in der EU.